Ärzte fürchten um therapeutische Versorgung

Ärztliche Psychotherapeuten schlagen Alarm: Die Budgetdeckelung der Gesundheitsreform sei existenzgefährdend. Die zunehmende Zahl psychisch Erkrankter werde nicht früh genug und adäquat versorgt.

Heike Krüger

Sorgen sich um ihre Patienten und um jene, die gar keine Chance auf Therapie mehr erhalten: die Ärztlichen Psychotherapeuten (von links) Dr. Jan Peter Theurich, Dr. Ellen Dreier, Dr. Astrid Günther und Dr. Gerhild Rauch-Riedel. Foto: Sarah Jonek

Bielefeld. Eineinhalb Jahre hatte Kathrin G. (Name geändert) warten müssen, bevor sie endlich einen Psychotherapie- Platz bekommen hat. Die 63-Jährige leidet an einer somatischen Erkrankung, die sie nicht näher benennen möchte. Diese habe sie auch an der Seele krank werden lassen. Die Frau, die „bislang alles im Leben selbst gemeistert hatte", war an ihre Grenzen gekommen: „Ich hätte niemals gedacht, dass ich psychotherapeutische Hilfe benötige, aber in der Therapie schnell erkannt, wie sehr mich alte Muster bei der Genesung behinderten", berichtet sie.

Seit einem Jahr ist sie in Behandlung bei der niedergelassenen Ärztlichen Psychotherapeutin Gerhild Rausch-Riedel in Bielefeld und dankbar für die Chance, sich seelisch wieder zu stabilisieren. „Ich weiß nicht, was passiert wäre, wenn ich keinen Platz bekommen hätte. Manche Menschen geben einfach auf", sagt sie und verweist auf die steigende Suizidalität bei unbehandelten Hilfesuchenden.

„Wir arbeiten an der Schnittstelle zur somatischen Medizin"

Dieses Szenario, das fürchtet auch eine Bielefelder Gruppe engagierter Ärztlicher Psychotherapeuten um Rausch-Riedel und Astrid Günther, könnte immer häufiger eintreten, wenn die breitangelegte Gesundheitsreform der Bundesregierung so umgesetzt wird wie geplant.

Anders als die Psychologischen Psychotherapeuten, die ebenfalls die „Rasenmähermethode" des „Sparpakets" Gesundheitsreform kritisieren und teils auch um ihre Existenz fürchten, arbeiten die Ärztlichen Psychotherapeuten nach Aussage von Rausch-Riedel an der „Schnittstelle zur somatischen Medizin". Denn: Viele psychische Erkrankungen werden von körperlichen Leiden begleitet, gehen ihnen voraus oder folgen daraus.

Hier greifen die Therapeuten, die auch Ärzte sind, individuell ein, sorgen für Trennschärfe, ermitteln die Bedarfe, lenken Therapiewege und können auf beiden Ebenen wirken. „Wenn es uns nicht mehr gäbe oder nicht in ausreichender Zahl, würde eine wichtige Säule in der Versorgung wegfallen", sagt Rausch-Riedel. Das „Spargesetz" schade der Versorgung. „Als Bindeglied zwischen Klinik und Lebenswirklichkeit der Patienten versorgen wir unsere Patienten ganzheitlich, schreiben krank und helfen gerade den schwer- und chronisch erkrankten Patienten. Wir bieten seelische Stabilität."

Durch das „GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz", so der etwas sperrige vollständige Titel des Herzstücks der Gesundheitsreform, sollen die stetig steigenden Kosten dieses Medizinbereichs gedeckelt und zugleich der Anstieg der Zusatzbeiträge gebremst werden. Dies soll durch Honorarkürzungen, das Streichen von Kurzzeitzuschlägen und eine strenge Budgetierung erreicht werden.

Entwickelt unter Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU), war das Inkrafttreten bereits für den 30. Juli geplant. Nach heftigen Protesten muss nun der neue Gesundheitsminister Carsten Linnemann nachbessern. Die Berufsgruppen, auch jene aus Bielefeld, versuchen ihren Einfluss geltend zu machen im Dienste ihrer Patienten. Günther: „Perfiderweise sind besonders die komplex kranken Patienten betroffen, die sich nicht wehren können." Nun soll das Gesetz zum 1. Januar 2027 in Kraft treten.

Warken hatte es als „Paradigmenwechsel" im Gesundheitswesen bezeichnet. Hintergrund: Bei den Gesetzlichen Krankenkassen wird ein Defizit von rund 15 Milliarden Euro für 2027 erwartet, das Gesetz soll allein 2027 fast 19 Milliarden Euro Entlastung bringen. „Das ist nicht ohne harte Einschnitte zu haben, die uns an anderer Stelle auf die Füße fallen", so Ellen Dreier von der Bielefelder Ärztegruppe.

„Gute Psychotherapie verhindert Fehlzeiten und Erwerbsminderung"

Ähnlich wie die Psychologischen Psychotherapeuten beklagen die Ärztlichen Therapeuten eine Erosion der Leistungen, des Angebots, die Verlängerung von Wartezeiten auf einen Therapieplatz und das Abwürgen der Niederlassungsbereitschaft des beruflichen Nachwuchses.

Während der GKV-Spitzenverband „völlig utopische Jahresverdienste einer Praxis" annehme, sehe die Realität komplett anders aus. „Wir können nicht einfach die Taktzahl unserer Behandlungen erhöhen, weil eine Therapiestunde eben eine Stunde dauert", stellt auch der Ärztliche Psychotherapeut Jan Peter Theurich klar.

Zudem: Viele Kollegen fühlten sich heute bestraft für ihre Entscheidung, einen Kassensitz auf zwei Personen aufzuteilen, wie vom GKV-Spitzenverband gefordert: „Das hat zwar zu einer erheblichen Verbesserung der Versorgung geführt, endet nun aber damit, dass so ein halber Kassensitz bei der Behandlung komplex kranker Menschen oder von jüngeren KollegInnen nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden kann", erklärt Astrid Günther. Dies angesichts des demografischen Wandels, der in den nächsten Jahren viele Therapeuten in die Rente führen werde.

Und bei steigendem Bedarf. „Die vielen Krisen – Corona, Kriege, Klimakrise, Wirtschaftskrise – verunsichern die Menschen zusehends. Wer dann noch eine persönliche Belastung erlebt, kommt oft nicht mehr klar", schildert die Ärztin Astrid Günther.

Schon heute sorgten lange Wartezeiten auf einen Therapieplatz für große Probleme: „Spät oder gar nicht einsetzende Hilfe verstärkt aber eine Chronifizierung. Psychische Erkrankungen verursachen unbehandelt immense volkswirtschaftliche Kosten", ergänzt Ellen Dreier.

Und Rausch-Riedel stellt fest: „Effektive Psychotherapie, auf die Person zugeschnitten, verhindert nachweislich stationäre Behandlungen, lange Fehlzeiten im Beruf und Erwerbsminderung."

Nach Aussage der „Verbände gegen Kürzungen in der Psychotherapie" macht die ambulante Psychotherapie nur 0,7 Prozent der Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenkassen aus.

Astrid Günther mahnt: „Die ambulante psychotherapeutische Behandlung von Erkrankungen wird in den ärztlichen Leitlinien wissenschaftlich begründet und gefordert. Sie ist ein wichtiger Baustein der Medizin und kein Zusatzbonbon."

Die Gruppe kämpft weiter an der Seite ihrer Kollegen, der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten, um das aus ihrer Sicht Schlimmste abzuwenden.